

Die neuen Ungleichheitskonflikte

STEFFEN MAU

Die Ungleichheitsentwicklung ist Thema anhaltender Kontroversen. Einigkeit scheint nicht zu bestehen. Während einige von der „Abstiegsgesellschaft“ (Oliver Nachtwey) sprechen, beobachten andere neuerdings einen Rückgang der Angst vor Arbeitslosigkeit in allen sozialen Schichten. Auch Marcel Fratzschers Buch „Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird“ ist nicht unwidersprochen geblieben. Führende Ökonomen werfen ihm verzerrende Interpretationen und Skandalisierung vor. Auch den Belegen zur schrumpfenden Einkommensmittelschicht, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in den Umlauf bringt, wird immer wieder durch das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) widersprochen. Die Lage scheint verworren.

Dennoch, über wesentliche Tatbestände und Trends kann es keinen Zweifel geben: Seit den 1980er Jahren ist die Einkommensungleichheit OECD-weit gestiegen. Allerdings ist es in Deutschland durch den massiven Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 2005 zu keiner wesentlichen Steigerung des Ungleichheitsgefälles mehr gekommen. Aber: Im Kohortenvergleich steigt die Ungleichheit der kumulierten Lebenseinkommen stetig an. In den vergangenen 20 Jahren ist ein neues Dienstleistungsproletariat entstanden, das durch geringe berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, kleine Einkommen und unsichere Beschäftigungsmöglichkeiten charakterisiert ist. Die Mobilitätschancen in Deutschland sind im internationalen Vergleich recht gering. Zugleich ist Deutschland im Vergleich der Euroländer das Land mit der größten Ungleichheit bei den privaten Vermögen. Für die Frage des sozialen Status spielen familiäre Vermögensübertragungen eine immer größere Rolle, insbesondere wenn es um die Frage von Wohneigentum geht.

Im historischen Trend, so scheint es, haben wir es mit einer Wiederkehr der Ungleichheitsfrage zu tun. Manche sehen sogar das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft samt universellem Aufstiegsversprechen in Gefahr. Die Nachkriegsjahrzehnte der sozialdemokratischen Befriedung der Ungleichheitsfrage und des institutionalisierten Klassenkompromisses erscheinen nun als Ausnahme. Obwohl die Ungleichheitskritik allerorten zu hören ist, bleibt die politische Mobilisierung allerdings aus. Zum einen geht es vielen trotz aufklaffender Ungleichheitsschere recht gut – für die allermeisten steht keine Verelendung ins Haus, trotz vielfältiger gesellschaftlicher Probleme und einem nicht kleinen Segment sozial Abgehängter. Die Imperative von Markt, Wettbewerb und Leistungsbereitschaft stehen hoch im Kurs und sind verinnerlicht worden, auch wenn sich immer wieder das Unbehagen über die Ökonomisierung vieler Lebensbereiche Luft macht.

Gleichzeitig verliert das linke Projekt gerade bei denen, die es traditionell getragen haben, den Arbeitern und den einfachen Angestellten.

Diesen Arbeitnehmerschichten sind zwar viele Flexibilisierungszumutungen auferlegt worden und ihre Einkommen hinken hinterher, aber aus einem Ungerechtigkeitsempfinden wird noch lange kein Gerechtigkeitsprojekt. Die traditionellen Sozialstaatsparteien mobilisieren ihre Wähler nur noch mäßig. Manche aus der ehemaligen Wählerschaft haben das Vertrauen in die Politik gänzlich verloren, andere wandern in andere politische Lager ab. Die Ungleichheitsfrage liegt zwar in der Luft, doch daraus politisches Kapital zu schlagen, ist offensichtlich nicht so leicht.

Neue Parteien aus dem rechten Spektrum stoßen in diese Lücke. Sie greifen das Unbehagen mit der Globalisierung gekonnt auf und geben ihm eine nationalistische Wendung. Die Nationalgesellschaft samt all ihrer sozialen Sicherungen vor der Globalisierung erscheint als Sehnsuchtsort und wünschenswertes Ideal. In der entsprechenden Rhetorik werden Protektionismus, die Abwehr unwillkommener Migranten und die Rückkehr zur ethnisch eingefärbten Solidargemeinschaft als Lösung präsentiert. Das spricht durchaus Teile derer an, die sich als Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer empfinden. Neuere Studien zeigen, dass sich die Anhängerschaft der AfD insbesondere aus (vor allem männlichen) Personen mit geringer und mittlerer Bildung rekrutiert, die sich nicht nur Sorgen um Zuwanderung, sondern auch um die eigene finanzielle Situation und die wirtschaftliche Lage allgemein machen. Die AfD ist aber kein reines Unterschichtenphänomen und findet auch Unterstützer in der saturierten Mittelschicht. Hier sind es vor allem Ängste vor Statusverlusten und empfundener „Diversitätsstress“, welche die Unterstützung ethnonationalistischer Schließungsprogrammatik begründen.

Deswegen sind die Verteilungskonflikte immer weniger von der Spannung zwischen Oben und Unten oder zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Zur vertikalen Achse klassischer sozio-ökonomischer Ungleichheit gesellt sich nun eine horizontale Achse. Am einen Ende dieser Achse stehen jene, die Offenheit und die Anerkennung von Diversität auf die Agenda heben möchten, am anderen Ende jene, denen Homogenität und Ordnung am Herzen liegen. Wie es vor diesem Hintergrund gelingen kann, ein übergreifendes und auf sozialen Ausgleich und Toleranz setzendes Gerechtigkeitsverständnis zu entwickeln, ist eine offene Frage. Sie zu stellen, ist heute aber notwendiger denn je. ■

STEFFEN MAU ist Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Europäisierung und Migration.

@ steffen.mau@hu-berlin.de